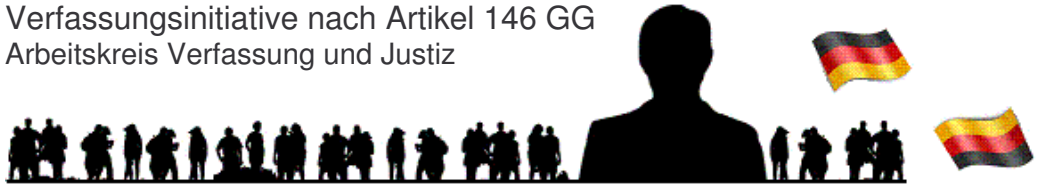

Mittwoch, 28. März 2012

Jeder Sechste ist arm

Nachbarländer stehen zum Teil besser da

WIESBADEN. Armut und Einkommensungleichheit treffen die Menschen in Deutschland etwas stärker als ihre direkten Nachbarn. Im Vergleich zu allen EU-Staaten schneidet Deutschland aber besser ab, wie das Statistische Bundesamt in Wiesbaden am Dienstag für das Jahr 2009 mitteilte. Auch innerhalb der Eurozone rangiert die Bundesrepublik über dem Durchschnitt.

Etwa jeder sechste Einwohner der Bundesrepublik (15,6 Prozent) gilt als arm. Die Grenze dafür liegt bei 940 Euro Monatseinkommen für einen Single - inklusive staatlicher Sozialleistungen. In der EU sind nach der Definition 16,4 Prozent von Armut bedroht.

Außer in Polen (17,6 Prozent) sind aber die Menschen in allen direkten Nachbarländern Deutschlands weniger von Armut bedroht. Am geringsten ist die Gefahr in der Tschechischen Republik (neun Prozent) und am höchsten in Belgien (14,6 Prozent) sowie dem Nicht-EU-Mitglied Schweiz (15 Prozent).

Das Einkommen des oberen Fünftels der Bevölkerung in Deutschland ist 4,5 Mal so hoch wie das des unteren Fünftels. In der gesamten EU beträgt der Faktor fünf. (dpa)

Souveräne direktdemokratische moderne Verfassung mit Neutralität
(Ein Deutschland nach Schweizer Vorbild)

Korrupte wahlfälschende Parteipolitiker in scheinlegitimierten Organen der BRD-Gesetzgebung, bundesrepublikanische Volljuristen in Bundes- und auch noch 16 Länderregierungen, in der Justiz und in den Behörden sowie Finanz- und sonstige Lobbyisten haben das deutsche Volk schon so weit herunter gewirtschaftet, dass ein Aufstand absehbar erscheint.

Sie wollen es durch die von ihnen schon bereits gezahlten hunderte Milliarden Darlehen ohne werthaltige Absicherungen und die von ihnen leichtsinnig schon verbindlich zugesagten Bürgschaften von insgesamt über einer Billion Euro für das Ausland endgültig in den Bankrott treiben.

Die obere Speckschicht der Besatzungsrechtsknechte in öffentlichen Ämtern, von der öffentlichen Hand betriebenen Unternehmen und in lukrativen Aufsichtsposten der Privatwirtschaft lebt und tobt sich auf Kosten des Volkes, aber auch der ausländischen Mitbürger in der Bundesrepublik, hemmungslos aus → und begünstigt nur das Ausland!

Das Bildungssystem, das Gesundheitssystem, die Altersvorsorge und die öffentliche Verwaltung sind ineffektiv und werden ebenfalls systematisch durch Mittelkürzungen und zunehmend höhere Gebühren und Steuern so verschlechtert, dass auch hier im internationalen Vergleich ein Rangplatz nach dem anderen eingebüßt wird.

Die Bundesrepublik gehört zu den korruptesten Ländern der Erde, bestochene Politiker haben keine Strafverfolgung zu fürchten. Ebensowenig rechtsbeugende Richter und strafvereitelnde Staatsanwälte. Justizopfer werden systematisch zu Tätern gemacht!

Leben in der Bundesrepublik ist für viele Bürger unerträglich geworden!

Einzelne Maßnahmen lassen das totale Chaos in der Rechtsetzung der Bundesrepublik, die tägliche Justizwillkür und parteiische Ämterkorruption nicht mehr aussichtsreich eindämmen. Das GG verhindert planmäßig im Interesse der Siegermächte die Inangriffnahme u. a. der nachstehenden Knackpunkte, die nur noch durch eine Verfassungsinitiative aus dem Volk heraus zu beheben sein werden. Die Devise lautet nun: Mitmachen oder als Nation untergehen!

Selbstbestimmung für Deutsche
Freiheit
Schutz des Ackerlandes und Bauernstandes
Gleiches Recht für Alle
Abschaffung Richterprivileg
Resourcenschutz
Nur staatliche Geldschöpfung
Zusammenfassung Versicherungswesen
Waffenlieferungstopp
Keine Zahlungen an Ausland
Neutralität
Verzicht auf Bundespräsident
Unabhängige Strafverfolgung
Hoheitsrechte zurück
Arbeit für jeden
Abschaffung Parteienprivilegien
Kein Datentransfer an Ausland
Kein Gesetz ohne Volkszustimmung
Keine deutschen Soldaten im Ausland
Zusammenfassung aller Prozessordnungen
Keine Steuern auf Steuern
Haftungsregeln
Deutsche Souveränitat
Eigene Währung
Minimierung der Staatskosten
Unabhängige Justiz
Löschung von Datensammlungen
Politikerabwahl
Keine Besteuerung der Grundbedürfnisse
Staatsneuaufbau ohne Länder
Klare Gesetze ohne "soll" und "kann" durch muss!
Wahlpflicht mit Quorum 50 %+
Gerichtsreform
Gesamtsteuerbegrenzung
Moratorium für BRD-Verträge